

Ressort: Politik

SPD will Zuständigkeit für Rückführungen auf Bundesebene bündeln

Berlin, 16.08.2018, 09:00 Uhr

GDN - Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, hat als Konsequenz aus dem Fall Sami A. gefordert, dass die Zuständigkeit für Rückführungen auf Bundesebene gebündelt werden. "Der Fall zeigt, dass die Abschiebung von ausreisepflichtigen Gefährden nicht nur konsequent, sondern auch penibel und rechtssicher erfolgen muss", sagte Lischka der "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe).

Damit sei der zuständige nordrhein-westfälische FDP-Minister Joachim Stamp offensichtlich überfordert gewesen. "Ich plädiere deshalb nochmals dafür, dass die Zuständigkeit für die Rückführung von Gefährdern künftig im Bundesinnenministerium gebündelt wird, um ein derartiges Durcheinander zwischen unterschiedlichsten Behörden zu vermeiden."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-110010/spd-will-zustaendigkeit-fuer-rueckfuehrungen-auf-bundesebene-buendeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com